

Absender:

VORNAME.....NAME

STRASSE, HAUSNUMMER.....

PLZ, ORT.....

BITTE ABTRENKEN

0,45 EUR

SPD-Bundestagsfraktion
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Hinweis

Tagungsort

Deutscher Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus
Saal JKH 1.302

Einlass ab 10.30 Uhr (Eingang Dorotheenstraße 100)

Rückantwort nur bei Teilnahme

Um Antwort auf beiliegender Karte oder per Fax bis
zum **19.09.2010** wird gebeten.

Kontakt

Holger Krimmer, Büro Ute Kumpf, MdB

Telefon (030) 227-77305

Telefax (030) 227-76144

E-Mail ute.kumpf@bundestag.de

Es gelten besondere Sicherheitsvorkehrungen.
Bei der Einlasskontrolle ist neben dieser Einladung ein
gültiger Personalausweis/Pass vorzuweisen.

einladung*
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

Hearing

* Engagementförderung zwischen Anerkennung und Missbrauch

Donnerstag, den 23.09.2010,
von 11.00 – 15.00 Uhr
im Deutschen Bundestag, Saal JKH 1.302

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Entwicklung einer Kultur der Anerkennung für über 23 Millionen bürgerschaftlich Engagierte ist zentrales Ziel der Engagementpolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Aktuelle Entwicklungen belegen jedoch, dass finanzielle Formen der Anerkennung auch missbraucht werden können.

In bekannt gewordenen Fällen wurde die Übungsleiterpauschale mit 400 Euro Mini-Jobs kombiniert. Mit solchen Modellen von Schein-Ehrenamtlichkeit haben Einrichtungen in der freien Wohlfahrtspflege die Sozialversicherungspflicht unterlaufen. Bürgerschaftlich Engagierte und geringfügig Beschäftigte werden durch diese Zweckentfremdung der Übungsleiterpauschale zu Leidtragenden. Weder darf bürgerschaftliches Engagement in sozialen Einrichtungen bezahlte Arbeit ersetzen noch Steuervergünstigungen zur Einrichtung eines staatlich kofinanzierter und sozialversicherungsfreier Niedriglohnssektors in der Wohlfahrtspflege eingesetzt werden.

Ehrenamtspauschale und Übungsleiterfreibetrag sollen den Einsatz für das Gemeinwohl erleichtern, Eigensinn ermöglichen und Bürokratie abbauen. Finanzielle Anreize für Aufnahme und Ausübung eines bürgerschaftlichen Engagements sollen nicht gesetzt werden. Zugleich darf Bürgerschaftliches Engagement nicht mit Hilfe von Instrumenten der Ehrenamtsförderung zum Ausfallbürgen für klamme Kassen gemacht werden.

Was müssen wir für unsere Politik für das bürgerschaftliche Engagement aus den aktuellen Entwicklungen lernen? Wie kann die Grenze zwischen monetärer Anerkennung und Bezahlung, zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit definiert und sichergestellt werden? Diese Fragen möchten wir gemeinsam mit Ihnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis diskutieren, um Konsequenzen für politisches Handeln zu ziehen.

Ihre SPD-Bundestagsfraktion

Ute Kumpf, MdB

Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement

Programm

- 11.00 Uhr Begrüßung und Einführung
Ute Kumpf, MdB, Sprecherin der
AG Bürgerschaftliches Engagement
- Experteninputs**
- 11.15 Uhr **PD Dr. Ansgar Klein**, Geschäftsführer des
Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)
- 11.30 Uhr **Dr. Gerhard Timm**, Geschäftsführer der
Bundesarbeitsgemeinschaft freie
Wohlfahrtspflege (bagfw)
- 11.45 Uhr **Prof. Dr. Adalbert Evers**, Justus-Liebig-
Universität Gießen
- 12.00 Uhr **Bernhard Jirku**, ver.di, Bereich
Erwerbslose
- 12.15 Uhr **Diskussion**
- 12.45 Uhr **Pause**
- 13.30 Uhr **Podiumsdiskussion mit den Expert-
Innen: Engagementpolitik zwischen
Anerkennung und Missbrauch**
- Moderation: **Ute Kumpf, MdB**
- 15.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Am Hearing...

Engagementförderung zwischen Anerkennung und Missbrauch

am Mittwoch, den 23. September 2010, um 11.00 Uhr
im Jakob-Kaiser-Haus, Berlin
nehme ich teil.

.....
DATUM

.....
VORNAME, NAME

.....
GEBURTSDATUM

.....
GEBURTSORT

.....
UNTERSCHRIFT